



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 08.12.2014, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2014

*Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten
Katholischer Vorsitzender der GKKE*

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GKKE legt zum 18. Mal seit 1997 ihren Rüstungsexportbericht vor, den die Fachgruppe Rüstungsexporte mit ihrem Vorsitzenden Jan Grebe erstellt hat. Anders als in den Vorjahren lag das Zahlenwerk der Bundesregierung dieses Mal vor. Die Bundesregierung hat ihren Rüstungsexportbericht über das Jahr 2013 bereits im Juni veröffentlicht und am 15. Oktober 2014 tatsächlich den angekündigten Zwischenbericht über die im ersten Halbjahr erteilten Rüstungsexportgenehmigungen und Kriegswaffenexporte vorgelegt. Zudem hat der Bundeswirtschaftsminister bereits dreimal im zuständigen Bundestagsausschuss über die im Bundessicherheitsrat positiv beschiedenen Exportgenehmigungen berichtet. Die damit deutlich gewachsene Transparenz in diesem Politikfeld haben wir jahrelang eingefordert und begrüßen sie nun nachdrücklich. Medien haben kritisch und informiert berichtet. Im Parlament haben nicht nur schriftliche Anfragen sondern auch Debatten zum Thema zugenommen.

Aber die Trends, von denen wir in den Berichten erfahren, halten wir ihrem Inhalt nach nur zum Teil für erfreulich. Im Folgenden beziehe ich mich vor allem auf die Zahlen für das erste Halbjahr 2014. Denn bei der Präsentation der Zahlen von 2013, etwa den um 24 % gestiegenen Einzelausfuhrgenehmigungen, hatte Bundesminister Gabriel zu Recht betont, dass die neue Bundesregierung davon nur 2 Monate zu verantworten habe.

Doch fangen wir mit den positiven Trends an: Da ist zuerst der drastische Rückgang der Kleinwaffenlieferungen in Drittstaaten von 18 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2013 auf 1,4 Mio Euro im entsprechendem Zeitraum 2014. Der Wert der Genehmigungen für die Gesamtausfuhr von Kleinwaffen sank von 39,5 auf 21,3 Millionen Euro. Ausdrücklich begrüßen wir die im Zwischenbericht angekündigten strengen Maßstäbe für den Export von Kleinwaffen und die Schritte zu einer wirksameren Endverbleibskontrolle. Nun gilt es beides schnell umzusetzen.

Da ist weiter der gesunkene Gesamtwert der Einzelausfuhrgenehmigungen von Rüstungsgütern von etwa 2,93 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2013 auf knapp 2,23 Milliarden Euro in den ersten sechs Monaten 2014. Angesichts der starken Schwankungen in den Genehmigungswerten bleibt abzuwarten, ob diese geringfügig gesunkenen Zahlen einen belastbaren Trend darstellen.

Besonders begrüßt die GKKE den durch die Bundesregierung getätigten Widerruf der Ausfuhrgenehmigungen für die Lieferung eines Gefechtsübungszentrums nach Russland. Im März 2014 hat sie dies nach der Annexion der Krim durch Russland angekündigt und im August 2014 stoppte Bundesminister Gabriel die Auslieferungen nach dem Inkrafttreten des EU-Waffenembargos, obwohl die Regierung weiß, dass sie

schadensersatzpflichtig werden könnte. Die Bundesregierung hat in diesem Fall der Konfliktlage im Empfängerland Vorrang gegenüber den Verkaufsinteressen deutscher Rüstungsproduzenten eingeräumt. Wir begrüßen dies ausdrücklich und sehen darin ein Signal, dass ein Politikwechsel machbar ist.

Nach wie vor nicht hinnehmbar ist der auch im ersten Halbjahr 2014 weiter gestiegene Anteil von Liefergenehmigungen in Drittstaaten außerhalb von EU und NATO. Mit 63,5 % liegen sie auf einem Rekordhoch. Was als Ausnahme gedacht war, ist zur Regel geworden. Unter diesen Lieferungen sind nach wie vor zu viele in Konfliktregionen und in Länder mit einer bedenklichen Menschenrechtssituation.

Besondere Sorgen bereitet uns die weiter steigende Bedeutung nordafrikanischer Staaten und Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten als Abnehmer deutscher Rüstungsgüter. Der Verkauf von 146 Patrouillenbooten an Saudi-Arabien wurde nach Auseinandersetzungen zu Beginn des Jahres mit Verweis auf die hohe beschäftigungspolitische Bedeutung mit einer Hermes-Bürgschaft abgesichert. Nach Algerien genehmigte die Bundesregierung nicht nur die Ausfuhr von in Deutschland produzierten Transportpanzern, sondern setzte nun auch den versprochenen Aufbau einer Produktionsstätte für Panzer in Algerien um, in der 1.000 Fuchspanzer gefertigt werden sollen. Im Fall Algeriens sehen wir die Weitergabe von deutscher Rüstungstechnologie und entsprechender Komponenten zum Aufbau von Produktionskapazitäten mit größter Skepsis. Damit gibt die Regierung die Kontrolle über Re-Exporte und Endverbleib weitgehend aus ihren Händen.

Sieht die GKKE also nun unter dem Strich die Kehrtwende in der Rüstungsexportkontrolle, die wir just vor einem Jahr hier an derselben Stelle so dringend gefordert haben? Wir sehen mehr Transparenz und die richtigen Trends etwa bei den Kleinwaffengenehmigungen an Drittstaaten. Eine verbesserte und hoffentlich dann auch wirksame Endverbleibskontrolle, die fallweise auch im Empfängerland überprüft wird, wurde angekündigt.

Aber erst wenn die Lieferungen in Drittstaaten, in Konfliktregionen und in Länder mit bedenklicher Menschenrechtssituation signifikant und anhaltend zurückgehen, werden wir von einem vollzogenen Politikwechsel oder einer Kehrtwende sprechen – hoffentlich in 2015!